

3. Nachtragssatzung

zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstückskläranlagen vom 19.12.2001

(Gebührensatzung für Grundstückskläranlagen)

Aufgrund des § 24a der Amtsordnung für Schleswig-Holstein vom 28.02.2003 (GVOBl. S.-H. S. 112) i.V.m. den §§ 4 und 17 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein vom 28.02.2003 (GVOBl. S.-H. S. 58), der §§ 1, 2 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Schleswig-Holstein vom 10.01.2005 (GVOBl. S.-H. S. 27), des § 31 des Landeswassergesetzes vom 13.06.2000 (GVOBl. S.-H. S. 490), sowie der §§ 1 und 2 des Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes vom 13.11.1990 (GVOBl. S.-H. S. 545), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, wird nach Beschlussfassung durch den Amtsausschuss vom 06.12.2011 folgende 3. Nachtragssatzung erlassen:

Artikel I

Satzungsänderungen

§ 1

§ 4 Entleerung der Grundstücksabwasseranlagen erhält folgende Fassung:

- (1) Die Leerung (Entschlammung) von Kleinkläranlagen erfolgt nach den vom zuständigen Ministerium eingeführten allgemein anerkannten Regeln der Technik (DIN 4261) bzw. bei Anlagen mit technischer Belüftung nach der jeweils geltenden „Allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung“ des Deutschen Institutes für Bautechnik.
- (2) Die Entschlammung wird grundsätzlich bedarfsorientiert nach den Wartungsberichten der von den Anlagenbetreibern zu beauftragenden Fachkundigen durchgeführt. Der Fachkundige hat dem Amt in standardisierter Form einen digitalen Bericht über die von ihm untersuchten und gewarteten Anlagen innerhalb eines Monats nach der Wartung, bei erforderlicher vorzeitiger Schlammmentnahme umgehend nach der Untersuchung, vorzulegen. Das Amt kann aufgrund der ihm vorliegenden Wartungsberichte eine Sammelabfuhr organisieren.
- (3) Nicht nachgerüstete Altanlagen (Mehrkammerabsetz- und -ausfallgruben), die nicht den Vorgaben der DIN 4261 Teil 1 vom Februar 1991 entsprechen, sind nach Bedarf, mindestens jährlich zu entleeren bzw. zu entschlammern (Regelentleerung). Die Termine für die Regelentleerungen werden vom Amt rechtzeitig vorher öffentlich bekanntgegeben.
- (4) Die abflusslosen Sammelgruben werden bei Bedarf geleert. Die Betreiber der Sammelgruben sind verpflichtet, den Füllstand der Sammelgruben regelmäßig zu überprüfen und dem Amt die Notwendigkeit einer Leerung rechtzeitig mitzuteilen.
- (5) Ist bei Campingplätzen, Wochenendhausgebieten oder in sonstigen Fällen abweichend von der Regelentleerung nach Absatz 3 die Abfuhr des Schlammes bzw. des Abwassers erforderlich, so hat der Grundstückseigentümer mit dem Amt umgehend einen gesonderten Termin zu vereinbaren.
- (6) Die Grundstücksabwasseranlagen und der Zugang zum Grundstück zum Zwecke des Abfahrens müssen in einem verkehrssicheren Zustand gehalten werden. Hierzu gehört auch eine ausreichende Beleuchtung. Das Amt kann die verkehrssichere Herrichtung der

Grundstücksentwässerungsanlage und des Zugangs entsprechend den Erfordernissen des Einzelfalles verlangen.

- (7) Bei vorübergehender Einschränkung, Unterbrechung oder Verspätung beim Abfahren des Schlammes aus den Hauskläranlagen und des Abwassers aus abflusslosen Gruben in Folge von Betriebsstörungen, Streik oder betriebsnotwendigen Arbeiten sowie in Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz gegen das Amt. Ist die Abfuhr aus einem der vorgenannten Gründe unterblieben, so wird sie unverzüglich nachgeholt.

§ 2

§ 8 **Gebührenhöhe und Bemessungsgrundlage** erhält folgende Fassung:

1. Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung
 - a. aus abflusslosen Gruben 28,97 Euro
 - b. aus Hauskläranlagen, die nach den anerkannten Regeln der Technik (DIN 4261) nachgerüstet sind 31,35 Euro
 - c. aus Hauskläranlagen nach § 4 Absatz 3 (nicht nachgerüstete Hauskläranlagen) 39,30 Euroje Kubikmeter abgefahrenes Abwasser.

2. Neben der Benutzungsgebühr nach Absatz ist eine Anfahrtspauschale
 - a. für die Abfuhr im Rahmen der Regelabfuhr in Höhe von 47,60 Euro
 - b. für die Abfuhr im Rahmen der Bedarfsabfuhr in Höhe von 113,05 Euroje Anfahrt einer Anlage zu entrichten.

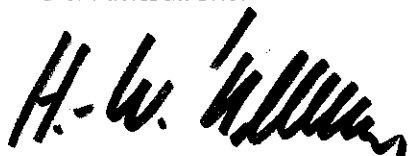
Artikel II

Inkrafttreten

Diese 3. Nachtragsatzung tritt zum 01.01.2012 in Kraft.

Achterwehr, den 07.12.2011

Amt Achterwehr
Der Amtsdirektor


Hans-Werner Grewin

